

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Postämtern erhältlich.

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunist. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Zeitungspreis monatlich, bei Haus 2,50 RM., (Halbmonatlich 1,25 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2,70 RM., (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-III / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach: Dresden Nr. 18 999, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-III, Osterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Druckanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabende 13-14 Uhr

5. Jahrgang Dresden, Dienstag den 12. März 1929 Nummer 60

Schamlose Expansionsversuche in Dresden!

Reformistischer Betriebsfaschismus im Kampf gegen die Opposition / Arbeiter-Ausschlüsse aus dem DMB und Entlassungen aus den Betrieben / Unternehmer und reformistische Bureaucratie in gemeinsamer Front

Schlagt die Spalter durch rote Betriebsräte!

Dresden, den 12. März 1929.

Die Metallarbeiterzeitung Nr. 9 vom 2. März 1929 brachte einen Aufruf des Vorstandes des DMB, der zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen Stellung nimmt. Man merkt aus diesem Aufruf, daß es den Bränden und Genossen nicht wohl zu Mut ist. Sie wissen, daß die diesjährigen Betriebsratswahlen die Abrechnung mit ihrer arbeitgemeinschaftlichen, die Interessen der Bourgeoisie unterstützenden Politik bringen werden. Während sie von den Mitgliedern des Verbandes verlangen, sich diese „nur Annäherungen des DMB oder DMB-Vorstandes Folge zu leisten haben“, sind es gerade sie, die alle ihre Anstrengungen auf Befehl solcher Stellen legen, die in härtestem Kampfe gegen das Proletariat stehen. Daß die reformistischen Geschäftsleiter des DMB in den einzelnen Ortsvereinigungen diesen Aufruf zu einer schamlosen Hege gegen die Opposition benutzen werden, ist nicht verwunderlich. Auch die Dresdner Geister der Brände und Genossen wollen nicht hinter ihrem Berliner Kollegen Ulrich zurückbleiben, der alle Oppositionelle aus der Organisation ausschließen will, wenn sie nicht bedingungslos vor der reformistischen Bureaucratie kapitulieren.

Die Ausschaltung oppositioneller Betriebsräte in den Betrieben Seidel & Kaumann, Anton Reiche und Winterstelle hat die reformistische DMB-Ortsverwaltung widersprechend aus ihrem Wustenschloß wachgerufen. Allen Mitgliedern des DMB, die auf revolutionären Pfaden wandeln, mahnen sie folgendes Schreiben zu:

„Soeben erhalten wir die Mitteilung, daß Sie sich bei der Wahlstellung der Kandidaten zur Betriebsratswahl auf eine Gewerkschaftsgegeneinde haben aufstellen lassen. Uns wird hiermit mitgeteilt, daß Sie auf dieses schandvolle Verhalten aufmerksam gemacht worden sind.“

Nach den Beschlüssen des Gewerkschaftsausschusses, des Ausschusses und Vorstands der Gewerkschaft unserer Organisation ist es mit der Mitgliedschaft zum DMB unvereinbar, auf einer anerkannten Liste zu kandidieren. Aus beiliegender Metallarbeiterzeitung Nr. 9 ist die Stellung unserer Organisation klar ersichtlich. Wir fordern Sie auf, Ihre Kandidatur auf der genannten Liste bis Montag den 11. März zurückzuziehen und dies aus auf beiliegender Postkarte zu bestätigen. Falls diese Mitteilung bis zum genannten Termin nicht eingetroffen ist, werden wir beim Vorstand unserer Organisation den Ausschluß aus dem Verband beantragen.“

Die diesem Schreiben beiliegende Postkarte hat folgenden Wortlaut:

„Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich meine Kandidatur von der gegenwärtigen Liste zum Betriebsratswahl bei der Firma Anton Reiche zurückziehe.“

Daß die Reformisten vor den großen Schwindeleien nicht zurückbleiben, zeigen die Vorgänge in der Winterstelle. In diesem Betrieb vertrieben die reformistischen Funktionäre die Parole, daß bei der Firma Anton Reiche sämtliche oppositionelle Kandidaten ihre Unterschrift zurücksetzen hätten.

Kein Wort ist daran wahr

Im Gegenteil. Die Schreiben der Ortsverwaltung des DMB haben eine große Empörung unter der Arbeiterklasse dieses Betriebes hervorgerufen und sie nur noch enger zusammengeschlossen. Die oppositionelle Betriebsratsliste bei Anton Reiche bleibt bestehen, genau so wie die bei Seidel & Kaumann und in anderen Dresdner Betrieben.

Die reformistische Spaltungs-offensive erfährt Unterstützung durch die Unternehmer, die planmäßig dazu übergehen, revolutionäre Betriebsratskandidaten mit Entlassung zu bedrohen, so wie Teil zu entlassen.

In der Dresdner Gardinen- und Spitzenmanufaktur

Während es der Opposition durch ihre Arbeit, das Vertrauen der Belegschaft zu gewinnen. Die Belegschaft war sich klar, daß sie in diesem Jahre der Liste der reformistischen Textilarbeiter eine eigene Liste entgegenstellen muß. Die als Spitzenkandidaten vorgelegenen Genossen Rothbart und Kehlzig zogen sich darum auch den Haß der Direktion und der Reformisten zu. Sowohl die Direktion als auch die Reformisten fürchteten, daß beide Genossen von der Belegschaft mit den wichtigsten Betriebsfunktionen betraut werden. Aus diesem Grunde unternahmen die Reformisten als Handlanger der Unternehmer den ersten Schritt, und gegen beide Genossen wurde das Ausschlußverfahren eröffnet. Ja, die Reformisten gingen so weit, durch einen Bericht

in der Vollzeitsitzung unsere Genossen öffentlich dem Unternehmer zu denunzieren.

Die Direktion kam den Reformisten zu Hilfe. Beide Genossen wurden unter Angabe falscher Gründe entlassen, ja, da für Rothbart eine teilsweise Entlassung vor der Klassenjustiz beim Arbeitsgericht keine Zustimmung bekommen hätte, zahlte man ihm sofort den Lohn für 14 Tage Kündigungsfrist und er mußte die Fabrik durch den Beamtenausgang verlassen, um ja nicht mit der Belegschaft in Verbindung zu kommen.

Vor dem Arbeitsgericht fand am Sonnabend dem 9. März der Sachverhalt statt. Der Syndikus bestritt im Auftrage der Direktion, daß hier eine politische Maßregelung vorliege. Der Direktor sei „nicht bekannt“, daß Rothbart und Kehlzig Führer der Opposition seien und daß sie als Betriebsratskandidaten in Frage kämen. Höhnisch erklärte dann noch der Syndikus, daß es ja unmöglich wäre, lange zu streiten, denn, wenn sie auch den Versuch wärlren, eine Einstellung würde sowieso nicht wieder vorgenommen und die Entschädigungssumme, die zu zahlen sei, wäre ja sehr gering.

Weitlich wegen

Die Verhältnisse in der Gießerei

Dieser Betrieb, der im Arbeitermunde die Bezeichnung „Kordhütte“ führt, zeichnet sich besonders durch die große Zahl von Unfällen und ein rigoroses Antireibensystem aus. Allein im letzten Jahr waren unter der 2400 Mann zählenden Belegschaft 1600 Unfälle zu verzeichnen. Davon sind 3 Unfälle tödlich verlaufen, außerdem von der Zahl beten, wo erst nach längerer Krankheit der Tod eintritt. In der letzten Woche kamen wieder 2 schwere Unfälle im Betrieb vor, von denen aber die Öffentlichkeit nichts erfuhr. Der größte Teil des alten Betriebsrats unter Führung des bekannten Bahig erledigt seine Arbeiten auf wirtschaftsfriedlicher Basis. Die Belegschaft hat ihm längst das

Vertrauen ausgesprochen und begrüßte die Offensiv der oppositionellen Arbeiter, eine eigene Betriebsratsliste aufzustellen. Der Genosse Preker leitete die oppositionelle Liste am Montag dem 4. März 7,30 Uhr ein. Als er abends bei Schichtbeginn im Betrieb erschien, erhielt er die Kündigung zugestellt. Da tägliche Kündigung bestellt, würde er am 5. März entlassen. Daß diese Kündigung eine offene politische Maßregelung darstellt, kann man trotz Anwendung aller demagogischen Kniffe nicht abstreiten. Man gibt zwar Arbeitsmangel an, aber Tatsache ist, daß einige Tage nach dieser Entlassung Einstellungen im Betrieb erfolgten.

Stundenlang wurden nach der Entlassung Prekers die anderen oppositionellen Kandidaten von den Mitgliedern des Betriebsrates „bearbeitet“.

um sie zum Rücktritt von der Liste zu bewegen. Der Betriebsratsvorsitzende Bahig erklärte dem Genossen Preker, daß er in der Abstellung wieder anfangen könne, wenn er seine Unterschrift von der revolutionären Liste zurückziehe. Dies lehnte selbstverständlich der Genosse ab und wurde darum nicht wieder eingestellt.

All diese Vorgänge zeigen das enge Zusammenarbeiten der reformistischen Bureaucratie mit dem Unternehmer. Aber auch all diese Maßnahmen werden die Arbeiter nicht abhalten können, den Kampf um ihre Interessen verstärkt zu führen. Mögen die Reformisten ihre verkehrselischen Maßnahmen stetigen, die Wahlen, die bereits stattgefunden haben, brachten klar und deutlich zum Ausdruck, daß die Arbeiterklasse sich durch Drohungen nicht mehr einschüchtern läßt, sondern daß sich immer größere Teile auf den Boden der revolutionären Gewerkschaftsbewegung stellen. Es gilt jetzt, die wenigen Tage, die die Belegschaften noch von der Betriebsratswahl trennen, zu einer verstärkten Aufklärungsarbeit zu benutzen. Die Parole in allen Betrieben muß lauten:

Gegen die Expansions- und Spaltungsmethoden der Reformisten — Kampf für rote Betriebsräte und revolutionäre Gewerkschaftsvereine!

Die Metallarbeiter fordern!

Kampfprogramm in Chemnitz aufgestellt! / Dresdner Betriebe, schließt euch an! / Organisiert selbst euren Lohnkampf durch eigene Streikaktionen!

In einer von fast 100 Prozent der Belegschaft besuchten Betriebsversammlung der Roten-Zimmermann-WG. in Chemnitz wurde zum Lohnkampf in der Metallindustrie Stellung genommen und folgendes Kampfprogramm aufgestellt und einstimmig gebilligt:

Am 31. März 1929 muß das Lohnkommen für die jährlichen Metallarbeiter ab. Die bisher geltenden Hungerlöhne, die den Metallarbeitern durch das Diktat des kapitalistischen Reichsrichters vor Jahresfrist aufgezogen wurden, stehen im tristen Widerspruch zu den gewaltig gestiegenen Lebenshaltungskosten. Durch das sinnlose Unterwerfen unter das Diktat haben sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer des DMB mitverantwortlich an der weiteren Verelendung der jährlichen Metallarbeiter gemacht.

Wie im ganzen Reich, so haben auch die jährlichen Metallindustriellen einen neuen schärferen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse unternommen. Sie wollen die Hungerlöhne auf weitere zwei Jahre festsetzen. Zu diesen Absichten der Industriellen kommt noch der Konjug des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Hülse rd in g auf die Taschen des werktätigen Volkes, der erneut 450 Millionen Mark durch Woffensstemen aus den jamaie schon hungenden und darben den Massen herauspresen will.

Angelächert der schon bestehenden großen Differenz zwischen den Löhnen und den Lebenshaltungskosten und der bestehenden und noch kommenden Teuerung aller Bedarfsgegenstände und Lebensmittel, angeflirts der Millionen engewinne, die in der vergangenen Zeit und noch gegenwärtig gerade die Metallindustriellen aus dem Schweiß und dem Blut der Metallarbeiter herausgespreht haben, angeflirts des gesteigerten Arbeitstempo durch den Ausbau des Antreibersystems und der Rationalisierungsmethoden trachten wir die Erlämpfung der von uns aufgestellten Forderungen als notwendig und möglich.

Die Forderungen, wie sie einige Betriebe (u. a. Rohmannen, Jhapan, Wotan-Zimmermann-Werke Chemnitz) einstimmig aufgestellt haben, lauten:

Erhöhung der Löhne aller Altersklassen und Lohngruppen um 15 Pf. pro Stunde, Dauerdauer des Lohnabkommens sechs Monate bis zum Ablauf des Manteltarifs.

Bisher war es üblich, nur dem Spitzenlohn um wenig Wenige zu erhöhen und nach einer im Manteltarif festgelegten Prozenttabelle die Löhne abzulassen, so daß die schlecht-bezahlteren Arbeiter auch nur einen Bruchteil der sogenannten Lohnerhöhung erhielten. Das hat im Laufe der Jahre zu einer immer größer werdenden Verdienstspanne zwischen den

einzelnen Altersklassen und Lohngruppen geführt und die Zerschlagung der Arbeiterklasse betrieblich im steigenden Maße gefördert.

Damit muß endlich Schluss gemacht werden, allen Schlichtungsparagrafen zum Trost.

Zur Durchführung dieser Forderungen schlagen wir den jährlichen Kollegen folgende Maßnahmen vor:

1. Stellungnahme zu diesem Kampfprogramm in allen Belegschaftsversammlungen.
2. Vorbereitung der Aufnahme des Streiks am 1. April.
3. Wahl von einheitlichen Streikleitungen, die die Aufnahme des Kampfes vorbereiten und die Organisierung der Unorganisierten sowie ihre Einreichung in die Kampffront vornehmen.

Wir sind unterrichtet, daß in der DMB-Bundeskommission nur die oppositionellen Kollegen für die von uns aufgestellten Forderungen stimmen, deshalb erachten wir es als Pflicht, alle jährlichen Metallarbeiter aufzurufen, für unsere Forderungen einzutreten.

Die jährlichen Kollegen und Kolleginnen müssen sich im klaren darüber sein, daß ihre Forderungen nicht am grünen Tisch durch Verhandlungen erfüllbar werden können. Noch weniger dürfen sie auf die Güte der Schlichtungskommission bauen. Die Praxis und die Lehren der letzten Weltkrieger zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Angriffe des Unternehmers auf die Existenz der Arbeiterklasse immer brutaler und rücksichtsloser werden. Sie hüten sich dabei auf ihre SPD-Minister in der Regierung, um durch Reklagen der Hungerlöhne auf Jahre hinaus noch höheren Profit aus uns herauszuschinden.

Dagegen hilft nur ein starker Widerstand und rücksichtsloser Kampf auf der Grundlage einer einheitlichen Front aller Metallarbeiter. Nur so werden auch wir unseren Verband, dessen sozialdemokratischer Verwaltungsapparat heute noch im Dienste der Koalitionspolitik der SPD steht, zu einer brauchbaren Waffe, um die Erlämpfung unserer Forderungen umzusetzen.

Kollegen, Metallarbeiter!

Nehmt unsere Forderungen zu euren eigenen! Nehmt in euren Belegschaftsversammlungen dazu Stellung! Mobilisiert alle Kräfte für den Kampf, dann wird auch der Sieg unser sein!

Dresdner Metallarbeiter! Nehmt zu diesem Programm Stellung! Solidarisiert euch mit den Chemnitzer Kollegen!